

# Stettiner Zeitung.

Nr. 33.

Mittwoch, 9. Februar

1870.

## Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

14. Sitzung vom 7. Februar.

Der Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf Iphenplitz, Regierungs-Kommissar.

Das Haus tritt in die Tagessitzung ein: Bericht über den Entwurf betr. die Handelskammern.

Zur General-Diskussion nimmt das Wort Herr Dr. Tellkampf, welcher ausführt, daß eine Reform der bisherigen gesetzlichen Vorschriften über die Handelskammern Beauftragung derselben nützlich und dringend sei, womit der Werth der freien Vereinigung nicht verkannt werden soll. Um diese letzteren handele es sich aber gar nicht, es handele sich nicht um etwas Neues zu Schaffendes, sondern um die Verbesserung des bisherigen.

Der Handelsminister: Es handelt sich hier um die Verbesserung der bestehenden Institution und deren Ausdehnung auf die neuen Provinzen, wo sie noch nicht besteht. Das auch für die Handwerker und Gewerbetreibenden eine ähnliche Institution geschaffen werde, kann ich nicht befürworten, weil dadurch Interessen verschiedener Art kollidieren würden.

Herr v. Kleist-Reckow dankt dem Minister, daß er die Reform nur auf die Handelskammern beschränkt; der Landwirtschaft wünscht er allerdings eine einflussreiche Vertretung.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

Die §§. 1 und 2 werden angenommen und 24 Petitionen von Handwerkern der Regierung zur Kenntnahme überwiesen.

In §. 3 wird der Antrag gestellt, daß die Eisenbahn-Gesellschaften an der Wahl der Mitglieder für die Handelskammern Theil zu nehmen nicht berechtigt sein sollen.

Herr Ritterberg bekämpft diesen Antrag damit, daß diese Gesellschaften bis jetzt in den Handelskammern nicht vertreten gewesen seien, daß weder für den Staat noch für die Eisenbahnen ein Bedürfnis für diese Neuordnung vorliege, daß die Interessen der Eisenbahn-Gesellschaften und des Handelsstandes in der Regel divergieren, und daß endlich sie den Hauptbeitrag zu den Kosten dieser Institute zu leisten haben, ohne den mindesten Vortheil für ihre Interessen daraus zu ziehen.

Der Regierungs-Kommissarius bittet, diesen Antrag abzulehnen; die Eisenbahn-Gesellschaften gehören zum Handelsstande und die Regierung lege hohen Werth darauf, den Gesellschaften keine Sonderstellung zu schaffen. Es sei Sache dieser Gesellschaften, ihre Interessen in den Handelskammern wahrzunehmen.

Der Handelsminister: Beiträge zu den Kosten für die Handelskammern sind Lappalien, um die sich ein Eisenbahndirektor nicht kümmern kann; thäte er's, so verdiente er Vorwürfe, denn er würde seine Hauptgeschäfte vernachlässigen. Auf ein Paar hundert Thaler mehr oder weniger kommt es bei einer Eisenbahn gar nicht an.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt, §. 3 wird unverändert angenommen; ebenso gelangen die §§. 4—38 ohne Weiteres zur Annahme und endlich das ganze Gesetz.

Das Haus hört sodann den Referenten Hasselbach, welcher Namens der Finanz-Kommission über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Einführung der Klassensteuer in mehreren Städten berichtet. Referent hält beide Steuern für ein Uebel; er untersucht nur, welches das kleinere ist. Seiner Ansicht nach regulirt sich der Arbeitslohn nach der Mahl- und Schlachtsteuer, er ist in Städten, wo diese Steuer erhoben wird, höher als in den Uebelsteuerpflichtigen Städten. (Graf Bismarck erscheint einen Augenblick im Hause.) Bei der Mahl- und Schlachtsteuer befinden sich die Städte sehr wohl; die direkte Steuer beschränkt ihre Einnahmen. Zu jener tragt indirekt die ganze Garnison bei, ebenso das Beamtenhum, die Lehrer, die Geistlichen. Diese alle verschwinden bei der direkten Besteuerung. Einzelne Gewerktreibende mögen die direkte Steuer wünschen; das ist aber nur ein kleiner Theil. Als Vertreter des ganzen Landes habe man aber die Interessen des ganzen Landes ins Auge zu fassen. Die in den Motiven aufgedeckten Zahlen habe ich, fährt Referent fort, in Preußen nicht für möglich gehalten; diese Zahlen sind auch zum ersten Male veröffentlicht worden. Was zunächst den halbmelligen Rayon betreffe, so seien die Motive der Regierung zu dem Besetzen dieses Rayons auffallend und bei einzelnen Städten sei diese Besetzung dringend, z. B. in Cottbus, Bonn. Schon bei Aufhebung des §. 14 des Mahl- und Schlachtsteuergesetzes von 1852 sind diese Rayonmündländer auf das Schärfste hervorgehoben, ist die Abschaffung der halbmelligen Rayons selbst von Provinzial-Steuerdirektoren gefordert worden, um der Doppel-Besteuerung vorzubeugen. Kann der Rayon nicht abgeschafft werden, so weiß ich nicht,

wie solche Gesetzesgebung in Preußen bestehen kann. Und was die Regierung über die Depravationen mithilft, ist schreckenregeend und zeigt bis zur Evidenz die entsetzliche Wirkung der Mahl- und Schlachtsteuer.

Solche gesetzliche Schäden darf das Herrenhaus nicht sanktioniren. Und nun die enormen Kosten, welche zwischen 8 und 18 p.C. betragen; die Verwaltungskosten betragen in den 28 Städten, welche vorgeschlagen sind, jetzt schon 42 p.C., ja 50 p.C. in einzelnen Städten.

Macht man sich alle diese Verhältnisse klar, so sieht man, daß der Mahl- und Schlachtsteuer kein langes Leben mehr wird gelassen werden können. Hat aber die Regierung den richtigen Weg eingeschlagen? darüber läßt sich streiten! Vortheile von der Aufhebung hat die Landwirtschaft, die Mehlfabrikation, aber nur, wenn die Aufhebung allgemein stattfindet. Die Kommission hat mit vollem Rechte die Sache vom prinzipiellen Standpunkte aus betrachtet und sich gefragt, ob das Herrenhaus dem heutigen ernsten Schritte zustimmen soll oder nicht. Die Kommission ist darüber einig, daß der Termin des 1. Juli ein zu kurzer sei.

Die nothwendige Aufnahme des Bevölkerungszustandes und die Veranlagung ist zeitraubend, keine Stadt geht mit Lust an diese Arbeit und noch schwieriger wird sich das bei den Kommunalsteuern gestalten; im Allgemeinen werden ihnen bei der unzulänglichen Remuneracion die Arbeitskräfte fehlen, zumal jetzt nach Aufhebung der Portofreiheiten. Man kommt dann in die Lage, daß ein Gesetz mit dem 1. Juli in Kraft tritt, und die Erhebung erst im September beginnen kann. — Das ist die unabangene Schilderung der Lage; ich persönlich stimme für die Vorlage.

(Der Fürst zu Putbus hat den Vorsitz übernommen, Graf Bismarck nimmt seinen Platz am Ministerische ein.)

Herr Dr. Tellkampf befürwortet die Vorlage, schon im Interesse der Mehlfabrikation und des Mehlhandels.

Graf Ritterberg bekämpft keineswegs das Prinzip des Entwurfs, aber die Konsequenz desselben, hier auf die Spitz gebracht, wird nach seiner Ansicht zu Härten und Uebelständen für gewisse Klassen der städtischen Bevölkerung führen und dafür kann er nicht summen. Mindestens möge man die Stadt Glogau aus der Vorlage streichen.

Herr v. Kleist-Reckow stimmt mit dem Referenten darin überein, daß es hier heißt: aut-aut. Er beklagt die Rücksichtlosigkeit, daß man den anderen vorgeschlagenen Städten noch andere hinzugesetzt habe, ohne die Behörden zu hören, so improvisiter Weise. — Die Höhe der Uebergabe ist es nicht immer, was drückt, sondern mehr Einfluß hat es, ob man eine Steuer gern oder widerwillig gibt. Am besten wäre die Abschaffung aller direkten Steuern. Höchstens für Anklam und Bromberg würde die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer sich empfehlen.

Der Finanzminister erklärt sich mit der Vorlage und den getroffenen Vorbereitungen vollkommen einverstanden, obgleich der Entwurf vor seinem Eintritt ins Amt vorgelegt worden ist. Das Argument gegen die Maßregel, die Mahl- und Schlachtsteuer entweder allgemein oder gar nicht abzuführen, sei nicht zu billigen. Die hier getroffene Auswahl beruht auf die Erwägung, wo rust diese Steuer die größten Uebelstände hervor, wo ist eine Abänderung am Leichtesten herbeizuführen? Gewiß ist der Umsatz des Brodes abhängig vom Preise des Getreides und die Thorsteuer ist sicher von Einfluß auf den Brodpunkt. Man sehe sich doch in der Provinz Westphalen um; seht man sich dort nach der Mahl- und Schlachtsteuer zurück? Bei uns ist die Klassensteuer die Regel, die Mahlsteuer die Ausnahme; eine Verallgemeinerung der Maßregel wäre besser gewesen und könnte ich zur allgemeinen Aufhebung etwas beitragen, so würde dies ein glücklicher Tag für mich sein. Lassen Sie aber das Bessere nicht den Feind des Guten sein und streben Sie nicht das Unmögliche an. Beseitigen Sie durch die Vorlage die Uebelstände da, wo sie am Schreinsten sind, heilen Sie da den moralischen Schaden, wo er am Aergsten ist. Auf den Standpunkt der beteiligten Städte allein darf man sich hierbei nicht stellen, sondern man muß die Interessen des Staates im Auge behalten.

Graf Brühl: Hebt man die Mahl- und Schlachtsteuer auf, so werden sich in jenen Städten viele Leute einfinden, die alles lieber thun, als Steuern zahlen. Wäre der Druck im halbmelligen Rayon so unerträglich, so würde die Bevölkerung in diesem Rayon nicht so wachsen, wie es geschieht. Der Tag, wo die Mahl- und Schlachtsteuer in Berlin aufgehoben und dafür die Klassensteuer eingeführt wird, wird ein sehr günstiger Tag für die Revolution sein. Gott bewahre uns davon!

Negler-Komm. Burghardt rechtfertigt nochmals die Vorlage, welche sich an eine dreijährige umfassende Enquete anschließt.

Herr Beyer wird gegen die Vorlage stimmen, aber er ist deshalb kein prinzipieller Gegner der Um-

wandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in die Klassensteuer, aber das Interesse der Städte wiege zu schwer, als daß man dasselbe bei der Umwandlung ganz übersehen könnte.

Ein Antrag auf Vertragung der Diskussion wird nicht unterstützt.

Die Herren von Waldbaw-Steinhövel und v. Senfft-Pilsach sind auch gegen die Vorlage.

Herr Wilkens thieilt die Furcht des Grafen Brühl, es werde in Berlin eine Revolution ausbrechen, keineswegs.

Die General-Diskussion ist geschlossen; Referent kommt nochmals auf den halbmelligen Rayon zurück. Nach kurzer Spezialdiskussion über §. 1 wird der 1. Januar 1871 event. als Einführungstermin angenommen; der §. 1 der Vorlage ist nur in Betreff der Stadt Bromberg angenommen, hier also die Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben und vom 1. Januar 1871 in eine Klassensteuer umgewandelt.

(Schluß folgt.)

## Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 7. Februar.

Der Präsident v. Borckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten.

Die Bänke des Hauses sind äußerst spärlich besetzt.

Vor dem Eintritt in die Tagessitzung ergreift das Wort der Finanzminister: Von der Anteile von 40 Millionen, zu deren Ausgabe die Staatsregierung durch das Gesetz vom 17. Februar 1868 ermächtigt wurde, sind bekanntlich nur 20 Millionen realisiert worden. Wie schon früher erwähnt wurde, lag es in der Absicht, die Bestimmungen des Gesetz-Entwurfs, wodurch die Tilgungsverpflichtung vorgeschrieben ist, durch ein Spezialgesetz aufzuheben.

Ich bin durch eine Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 5. d. Ms. ermächtigt, dieses Spezialgesetz dem Hause zu unterbreiten. Ich will dabei bemerken, daß bei diesem Gesetze die Gelehnheit geboten wird, sich über die Frage zu äußern, ob es die Zustimmung des Hauses finden könnte, wenn später daran gedacht werden sollte, eine Staatsprämien-Anteile anzunehmen (hört! hört!). Die früheren Verhandlungen in diesem Hause haben der Staatsregierung ein klares Bild darüber nicht zu geben vermögt, ob sich der fundgegebene Widerstand dagegen richtete, daß man eine ähnliche Anteilsform den Privatgesellschaften überlässt und nicht dem Staat zuwenden wolle, oder ob es die Absicht des Hauses sein möge, solcher Anteilsform unbedingt die Zustimmung versagen zu wollen. Ich bemerke, daß es nicht etwa in diesem Augenblick in der Absicht liegt, eine solche Prämienanleihe zu machen, sondern, daß die Staatsregierung diesen Anlaß nur zu benutzen wünscht, um die Intentionen des Hauses kennen zu lernen.

Die Vorlage wird an die Budget-Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Schlussberatung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Einführung einer gleichmäßigen Gebühr für Jagd-Legitimations-Scheine in der Provinz Hessen-Nassau, mit Ausnahme des ehemaligen Herzogthums Nassau.

Der Gesetz-Entwurf wird nach den Anträgen des Referenten Abg. Bähr (Kassel), mit denen die Regierung sich einverstanden erklärt, ohne weitere Diskussion angenommen.

Es folgt die Schlussberatung, betr. die Ueberleistung über gemeinsame Bestimmungen für die Fischerei im Rheine von Basel an abwärts, sowie in seinen Zuflüssen und Abläufen bis in das offene Meer vom 27. November 1869.

Referenten sind die Abgg. Braun (Wiesbaden) und v. Behr. Der Antrag derselben lautet: 1) der vorbezeichneten Ueberleistung vom 27. November 1869 die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; 2) die Königliche Staatsregierung aufzufordern: 1) den beiden Häusern des Landtages jährlich Vorlage zu machen, über den Vollzug der Ueberleistung, über die zu diesem Zweck getroffenen weiteren Anordnungen und über die Erfolge derselben; 2) dahin zu wirken, daß der im Artikel 11 der Ueberleistung in Aussicht genommene „zeitweilige Zusammentritt“ der Fischerei-Bevollmächtigten, vorerst wenigstens jährlich einmal stattfinde, demnächst aber in längeren Zeiträumen periodisch wiederkehre; 3) Vorsorge zu treffen, daß auf dem Wege der Bundesgesetzgebung und der dieselbe ergänzenden Landesgesetzgebung, sowie auf dem des Vertrages mit den betreffenden Regierungen der zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten, für sämtliche deutschen Ströme und Gewässer der erforderliche Schutz für Fischzucht und Fischerei hergestellt werde.

Der Antrag der Referenten wird nach langer Diskussion in beiden Theilen mit großer Mehrheit angenommen.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung ist die Abstimmung über den Gesetzentwurf, betr. die Schonzeit des Wildes. Der Gesetzentwurf wird mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Preis der Zeitung auf der Post vierjährlich: 15 Sgr. in Stettin monatlich 5 Sgr.

Unsere Abonnenten erhalten die Frauen-Zeitung „das Haus“ auf der Post vierteljährlich für 10 Sgr. in Stettin monatlich für 3 Sgr.

Hierauf wird die Vorberatung der Kreisordnung fortgesetzt. Vierter und fünfter Abschnitt. Von dem Amte des Amtshauptmanns und von dem Amte des Landrats. §. 50 handelt von den Amtsobligkeiten des Amtshauptmanns. Zu diesem §. liegen verschiedene Amendemente vor, von denen das der Abg. Miquel und Genossen, dem Amtshauptmann die Befugnis geben will, Geldbuße bis zum Gesamtbetrag von 5 Thaler als Exekutionsmittel zu versetzen, um seinen Anordnungen Folge zu verhauen, den davon Betroffenen jedoch das Recht der Berufung auf richterliche Entscheidung beilegen will. Abg. v. Kardorff beantragt hierzu, daß die Berufung nicht an den Richter, sondern an den Kreisausschuß zulässig sein soll.

In der hierüber fortgesetzten Diskussion rechtfertigt Abg. Miquel sein Amendment, in dem er die Berufung auf den Richter für nothwendig bezeichnet, da es sich hier um die Herstellung einer ganz neuen Institution handle. Eine Appellation an den Kreisausschuß statt an den Richter sei nicht zulässig, weil Vorschriften für ein Verfahren vor demselben nicht vorhanden seien.

Der Regierungs-Kommissar Persius erklärt sich gegen das Amendment, weil keine ausreichende Veranlassung dazu vorliege. Der Kommissar empfiehlt dagegen die Annahme eines Amendements des Abg. von Bockum-Dolfs, wonach der Amtshauptmann berechtigt sein soll, in jeder Gemeinde-Veranstaltung den Vorsitz zu führen.

Abg. Lasler führt aus, daß bei Annahme des Amendements v. Bockum-Dolfs der letzte Rest der Selbständigkeit der Gemeinden vernichtet werde. Der Redner schildert in drastischer Weise die Rechte der Polizei und der politischen Verfassungen, gegen welche ein Rechtsweg nicht gestaltet sei. Er thieilt verschiedene Beispiele mit, aus denen er nachweist, daß die Verwaltung bei und vollständig emanzipiert sei von jedem Recht und Gesetz, außer von dem, was sie selbst für Recht halte. Wer diesstreite, der habe die Gesetze nicht gebürgt studirt. Die Willkür der Verwaltung müsse gebrochen werden, und deshalb müsse der Richter prüfen, ob der Amtshauptmann den Gesetzen gemäß gehandelt habe. Darum müsse er sich auch gegen das Amendment v. Kardorff, dessen wohlwollende Absicht er nicht verlenne, erklären. Die Willkürstrafen müssen verworfen werden, weil sie keine Rechtsstrafen seien. Er und seine Freunde wollen ein Exekutionsrecht niemals zulassen, ohne Rechtskontrolle. Die Gesetze in Preußen dürfen nicht bloß gegen die Bürger angewendet werden, sondern sie müssen auch für dieselben angewendet werden. Dies sei der Sinn des Antrages Miquel. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Gneist: Wollte man die Befugnisse der Verwaltung beseitigen, so müsse man erst die Gesetze ändern, denn durch unsere ganze Gesetzgebung gehe die Verwaltungsbefugnis und Praxis hindurch. Mit einer allgemeinen Klaue könne man diese Befugnis nicht beseitigen.

Abg. v. Mittschke-Collande wünscht auch, daß wir zu einem Rechtsstaat übergehen, wie der Abg. Lasler ihn ausgedacht habe. Aber können wir bei einer solchen Gesetzmacherei einen Rechtsstaat erhalten? Die Amtshauptleute haben dieselben Studien gemacht, wie die Kreisrichter und werden die Gesetze eben so kennen, wie diese. (Heiterkeit.)

Abg. Wagner rechtfertigt das Amendment von Kardorff. Jede Macht könne missbraucht werden und gerade von der linken Seite des Hauses seien vor kurzer Zeit die schärfsten Urtheile über die Erkenntnisse des obersten Gerichtshofs gesetzt worden (hört! hört!). Also auch der Richter könne seine Macht missbrauchen. Er für seine Person habe keine Bedenken gegen den Kreisrichter, aber die Art und Weise, wie derselbe Recht spreche, schädige die Verwaltung und deshalb wolle er hier die Rechtsprechung der Verwaltung überlassen.

Die Diskussion wird geschlossen. Bei der Abstimmung wird das Amendment Miquel und Genossen in namentlicher Abstimmung mit 179 gegen 146 Stimmen angenommen mit einem Unteramendement des Abg. v. Bockum-Dolfs, wonach das Gesetz, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen von Beamten auf diese Fälle keine Anwendung finden soll.

Die §§. 51 bis 53 werden ohne erhebliche Diskussion, unter Annahme eines dazu gestellten Amendments Miquel, erledigt und darauf die Sitzung um 3 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Schlussberatung über den Vertragungs-Antrag der Regierung, Gesetzentwurf, betr. den Zusatz zu dem 40 Millionen-Eisenbahnanleihe-Gesetz, Gesetz, betr. die Deckung der im Jahre 1870 erforderlichen Mittel zur Ausrüstung von Eisenbahnen, Antrag des Infanterie-Ministers auf Verfolgung des Grafen Baudissin-Uhlenhorst wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses, Rechenschaftsberichte etc.

## Deutschland.

**Berlin**, 7. Februar. Was die Reden der sogenannten Patrioten in den bayerischen Kammern noch im Halbdunkel gelassen haben, die Spekulation des „patriotischen Partei“ nämlich auf die Hülfe des Auslandes gegen die nationale Bewegung im norddeutschen Bunde, das verathen die Organe dieser Partei ziemlich unverhohlen. Eine sehr offene Sprache in dieser Hinsicht führt namentlich das „Bayerische Vaterland“. Das Blatt erklärt nicht nur, daß das Haus Wittelsbach von einer Krise bedroht sei, sondern ruft auch für die preußische Truppen in Bayern zur Unterdrückung der Unruhen einrücken sollten, die Hülfe des Auslandes, Österreichs und besonders Frankreichs, gegen Preußen an. Die Rheinbundspolitik, der offene Vertrath am deutschen Vaterlande ist also die Konsequenz der Politik, welche diese „patriotische“ Partei in Bayern treibt. Wir haben indessen schon neulich erklärt, daß sich diese Partei bei diesen Spekulationen verrechnen dürfte und daß namentlich Frankreich weder in der Lage ist, noch auch Neigung hat, diese rheinbündlerischen Gelüste zu unterstützen. Was übrigens die Garantie-Verträge anbelangt, um welche der „patriotischen“ Partei bei ihren Angriffen besonders zu thun ist, so kann nicht mehr von Vertragstreue die Rede sein, wenn bei Verträgen, deren Ausführung, wie hier, nicht durch besondere Spezialitäten eingeschränkt ist und die allgemeine Natur sind, der eine oder andere Kontrahent immer noch prüfen will, ob der Vertrag in dem gegebenen Falle seine Anwendung finden soll. In welche Verlegenheit Bayern auch kommen möchte, Preußen würde und müßte immer für die Integrität Bayerns eintreten, weil eben der Augustvertrag jede Auffindung eines casus foederis ausschließt. Wollte aber Bayern immer erst eine Prüfung des casus foederis eintreten lassen und sich dann erst über die Vertragspflicht entscheiden, so müßte sich Preußen dasselbe Recht vorbehalten, und sollte der Vertrag von der einen Seite verletzt oder aufgehoben werden, so würde das die Aufhebung derselben auch von der andern Seite nach sich ziehen. Bayern mag aber hierbei bedenken, in welchem Interesse die Garantie-Verträge abgeschlossen sind. Dies ist doch sicher nur im Interesse Bayerns und überhaupt der süddeutschen Staaten und nicht des norddeutschen Bundes geschehen, dessen Machtstellung der Art ist, daß er der Hülfe der bayerischen „Patrioten“ nicht bedarf. — Der König hat 100 Thlr. zur Errichtung eines Denkmals zum Andenken an Glück bewilligt, das demselben in seinem Geburtsorte Weidenwang, einem Dörfe in Mittelfranken, gesetzt werden soll.

**Berlin**, 8. Februar. Se. Majestät der König brachte am Sonntag Vormittag im Arbeitszimmer mit Erledigung von Regierungsgeschäften zu, nahm Mittags die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Poncher, des Oberst-Kämmerers Grafen Nedern zt. entgegen, hatte hierauf Besprechungen mit den Generälen Hann v. Weyhern und v. Mirus, ertheilte dem Fürsten Sußouppoff Audienz und machte nach einem Besuch des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin eine Spazierfahrt durch den Thiergarten. Die Familientafel fand im Kronprinzenpalais statt und nahmen an derselben auch die meilenburger Herrschaften, Prinz Heinrich von Hessen und der Herzog Elmar von Oldenburg Theil. Nach Aufhebung der Tafel fuhren die hohen Herrschaften zum Besuch der Königin-Wittow nach Charlottenburg und Abends wohnte der König mit mehrerenfürstlichen Personen der Vorstellung im Opernhaus bei.

Gestern Vormittags empfing der König den aus Dresden hier eingetroffenen sächsischen General Baron v. Senft und andere höhere Militärs, ließ sich sodann von den Hofmarschällen Grafen Pückler und Poncher, dem Geh. Hofrat Borch Vorträge halten, ertheilte dem Fürsten v. Bentheim und dem regierenden Grafen Stolberg-Stolberg Audienz und arbeitete später mit dem Bundesanwalt Grafen Bismarck. Abends erschien der Königl. Hof mit seinen Gästen auf dem Ballsaale im Palais des Prinzen Albrecht.

Wie wir hören, hat Se. Maj. der Kaiser von Österreich Se. Maj. dem Könige seinen innigsten Dank für die Aufnahme, welche dem Erzherzog Karl Ludwig am Königlichen Hofe zu Theil geworden sei, durch den preußischen Gesandten in Wien übermittelt lassen.

Am Montag früh wurde die Feuerwehr, welche des Havelberger Brandes halber eine Anzahl Reservemannschaften hat annehmen müssen, nach dem Kronprinzenpalais berufen, wo ein nicht unerheblicher Brand statt hatte. Derselbe scheint zuerst von dem Kanzleidiener der Königlichen Hauptbank, Schröder, bemerket worden zu sein. Dieser machte gegen 2 Uhr, vereint mit dem am Palais stationirten Nachtwächter, im Hofe Lärm und weckte die Dienerschaft, welche sofort nach der Feuerwehr telegraphierte. Das Feuer war auf dem Dachstuhl der nach den Linden zu gelegenen Front, über den von der Prinzessin Charlotte und deren Umgebungen bewohnten Gemäldern ausgebrochen; es hatte bereits die Decke durchbrannt, so daß die Prinzessin in die unteren Stockwerke gebracht werden mußte. Es gelang der Thätigkeit der Feuerwehr, in kurzer Zeit des Feuers Herr zu werden. Der Kronprinz und die Kronprinzessin waren sogleich durch den Ruf „Feuer“ aufgeweckt worden, und ersterer war selbst an die bedrohte Stelle gerüstet, um die erforderlichen Befehle zur Bekämpfung weiteren Unglücks zu ertheilen, während die Kronprinzessin sich zu ihren Kindern begeben hatte. Der Schreck und der plötzliche Temperaturwechsel scheinen wieder der Kronprinzessin noch der Tochter Schaden zugefügt zu haben. Der Kommandant, General-Lieutenant

Graf Bismarck-Böhlen und der Polizei-Präsident von Wurmb hatten sich sofort nach eingegangener Meldung von dem Brande an Ort und Stelle begeben, auch die 11. Kompanie des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments war in kürzester Frist dasselbst erschienen. Veranlassung des Feuers ist vermutlich gewesen, daß, als Arbeiter Tags vorher die eingestorenen Wasserleitungsröhren aufthaueten, eine Kugle oder ein Stein unbedacht aus einem der Kohlenbecken gefallen ist und auf den Dachsparren weitergeglitten hat. Kaum hatte die Feuerwehr mit gewohnter Schnelligkeit ihr Werk hier beendet, so wurde sie eines größeren Brandes wegen nach der Alexanderstraße abberufen.

Das Königliche Polizei-Präsidium hat folgendes Belanntmachung erlassen: „In der Stadt Havelberg wütet seit gestern Abend eine Feuersbrunst, deren Umfang, trotzdem die halbe Stadt bereits zerstört, noch nicht abzusehen ist. Bei der herrschenden Kälte wird schnell Hülfe doppelt nötig sein. Gaben an Geld, warmen Kleidungsstücken und Naturalien werden angenommen und schleunigst weiter befördert im Polizei-Präsidium, Molkenmarkt Nr. 1. Berlin, 7. Februar 1870. Der Polizei-Präsident v. Wurmb.“

Dem Bernähmen nach ist von den türkischen Grenzbehörden der Ausbruch eines bedrohlichen Aufstandes der Mirditen in Albanien signalisiert und dürfte deshalb österreichischer Seite ein beträchtlicher Theil der dalmatinischen Truppen an die albanische Grenze dirigirt werden. Die Poste hat, wie der „Karlsruher Zeitung“ aus Wien geschrieben wird, ihrerseits auch sofort die umfassendsten militärischen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

**Havelberg**, 7. Februar. Durch eine gestern Abend ausgebrochene Feuersbrunst ist über die Hälfte der Unterstadt zerstört; Rathaus und Kirche sind erhalten. Die von Berlin telegraphisch requirierte Feuerwehr ist in vollster Thätigkeit, der herrschende Wassermangel erschwert die Abgrenzung des Feuers.

**Kiel**, 7. Februar. Laut eingegangener telegraphischer Nachricht ist das Königliche Schiff „Elisabeth“ am 5. d. M. von Lissabon nach Portsmouth in See gegangen.

**München**, 4. Februar. Die „A. A. Z.“ schreibt: Wie wir eben vernommen, hat der Herzog von Nassau vom Ehren. Karl v. Eichthal dahier dessen schöne Besitzung Hohenburg im bayerischen Hochlande läufig erworben.

## Ausland.

**Wien**, 7. Februar. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung zeigt der Ministerpräsident Hasner an, daß der Kaiser die Adresse entgegengenommen habe. Von mehreren Tiroler Städten sind Adressen eingegangen, welche die Mandatsniederlegung der Deutsch-Tiroler Abgeordneten tadeln. Die Anträge des Abgeordneten Rechbauer, betreffend das Religionsgesetz, ferner das Gesetz über die Civilie, sowie Aufhebung des Konkords werden Ausschüssen von je 15 Mitgliedern überwiesen. Das Haus nahm hierauf das Gesetz, betreffend die Dotations des Hofstaates an und genehmigte die Nachtragskonvention zu dem anglo-österreichischen Handelsvertrag. — Fast sämtliche Zeitungsshefte haben wegen verweigerter Mehrforderungen die Arbeit eingestellt.

**Paris**, 7. Februar. Die „Marcellaise“ enthält eine Mitteilung Rochevits, in welcher der selbe erklärt, der Aufforderung der Behörde, sich als Gefangen zu stellen, nicht Folge leisten und nur der Gewalt weichen zu wollen.

Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein Kaiserliches Dekret, durch welches der mit Baron Erlanger abgeschlossene Vertrag, betreffend die Legung eines submarinen Kabels zwischen Malta und Frankreich, welches den telegraphischen Dienst mit Alger vermittelnd soll, genehmigt wird.

Marschall Regnault de St. Angely wird nach Kaiserlichem Dekrete in dem Invaliden-Hotel bestattet werden.

In Bordeaux fand gestern eine Versammlung der Anhänger des Freihandels statt, welche sehr zahlreich besucht war.

**Paris**, 7. Februar. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers, in welcher Rochedort anwesend war, meldet Crémieux eine Interpellation wegen der Vollstreckung des gegen Rochedort erlassenen Erkenntnisses auf morgen an. Der Justizminister erwiederte, er habe Crémieux seine Bereitwilligkeit, die Interpellation bereits heute zu beantworten, erklärt und hinzugefügt, er werde das Ergebnis der Interpellation nicht abwarten, um seine Pflicht zu thun. Crémieux erklärte hierauf, seine Interpellation sofort begründen zu wollen.

## Pommern.

**Stettin**, 8. Februar. In der gestrigen General-Versammlung des „Schiffversicherungs-Vereins Neptun“ erstatte der Vorsitzende des Verwaltungsrathes, Herr Schiffbaumeister Domke, den Geschäftsbericht pro 1869, den wir folgendes entnehmen: Aus 1868 ist noch nachzuholen, daß ein Überschuss von 8925 Thlr. 22 Sgr. 10 Pf. mit 3 $\frac{1}{2}$  p.C. des Versicherungs-Kapitals zur Vertheilung gelangte, was eine Prämienersparnis von 46 $\frac{1}{2}$  p.C. involviert. Ende Dezember 1869 waren 141 Schiffssparte mit 328,575 Thlr. verkehrt, von denen im Laufe des Jahres 1869 6 Parte mit 38,320 Thlr. hinzugekommen sind; ausgeschieden sind 2 Parte mit 300 Thlr. Verloren waren pro 1869 337,275 Thlr., wofür ein Prämie von 25,516 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf. gebucht ist. Die Einnahme pro 1869 betrug einschließlich 3710 Thlr.

11 Sgr. 6 Pf. baarer Prämien-Reserve 28,493 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. die Ausgabe für Schäden aus 1868 669 Thlr. 27 Sgr. 10 Pf. für Schäden pro 1869 10,914 Thlr. 1 Sgr. 9 Pf. an Geschäftsunlusten 1003 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. Für 8 noch zu regulirende Schäden sind 4630 und an Prämien-Reserve pro 1870 4000 Thlr. zurückgestellt. Wenn demnach die noch schwelbenden Risiko's auf 18 Schiffe im Betrage von 44,050 Thlr. (4 Schiffe sind mit Havarie in fremde Häfen eingelaufen) ohne Schaden verlaufen, ergiebt sich pro 1869 vorläufig ein Überschuss von 7266 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf. Das Vermögen der Gesellschaft betrug ult. Dezember 1869 22,028 Thaler 28 Sgr. 10 Pf. — Hierauf wurde dem Direktor pro 1868 Decharge ertheilt. — Demnächst fand die Wiederwahl des durch das Loos aus dem Verwaltungsrathe geschiedenen Schiffbaumeisters Domke durch Auktimation statt. Ferner wurden als Rechnungs-Revisoren pro 1870 die Herren Matthias und Julius Trits wieder- und Herr Spiller neu gewählt. — Alsdann fand die Aufnahme von 8 neuen Schiffssparten mit 17,000 Thlr. in den Verein statt; 4 weitere Anmeldungen wurden zurückgewiesen. — Schließlich wurde von Herren F. W. Voigt der Antrag eingebracht, bei der Königlichen Regierung die Heraussetzung des statutenmäßig auf 10 p.C. normirten Reservefonds (7 $\frac{1}{2}$  p.C. sind bereits angesammelt) auf 5 p.C. nachzusuchen. Dieser Antrag wurde im Prinzip einstimmig angenommen, die definitive Beschlusffassung aber auf eine Anfangs März zu beruhende außerordentliche Generalversammlung verlagert.

Auf Grund eines Spezialfalles ist entschieden worden, daß es, nach Maßgabe des §. 55 der Gewerbe-Ordnung, zum Ver- oder Anlaß „roher“ Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues eines Legitimationscheines nicht bedürfe. Es sind demnach die kreispolizeilichen Erlaubnisscheine, welche nach §. 4 des Haft-Regulativs vom 28. April 1824 zum Verlaufe selbst gewonnener Produkte der Landwirtschaft zt. und nach dem Circular-Nestripte der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 22. Juli 1830 auch zum gewerbsweslichen Anlaß von der gleichen Erzeugnissen innerhalb des zweimilligen Umkreises des Wohnortes des betreffenden Gewerbetreibenden bisher erforderlich waren, in Wegfall gekommen. Dagegen sind die Bestimmungen über die Besteuerung des Gewerbetriebes mit den gedachten Erzeugnissen nach wie vor in Geltung geblieben. Danach sind Ver- und Anlaß roher Produkte der Land- und Forstwirtschaft unter gewissen Bedingungen steuerfrei. Verlaßt der Ausläufer die fraglichen Produkte wieder, gleichviel, ob dieselben selbstgewonnene oder aufgelaufte sind, im Wege des stehenden Handels oder des Haushaltverkehrs, so unterliegt derselbe unter allen Umständen der Steuer.

Durch die Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund ist auch der Gewerbetrieb der „Gefindervermiether“ im Allgemeinen freigegeben und unterliegt nur einer durch die Landesgesetze geregelten polizeilichen Kontrolle. Durch eine Verfügung des Handelsministers sind die Bezirk-Regierungen aufgefordert worden, sich über die auf diesen Gegenstand bezüglichen Fragen gutachthlich zu äußern. — Es ist darauf hingewiesen worden, daß Personen, welche Pässe nach dem Auslande nehmen wollen, ihre Militärpapiere vorzulegen haben. Insbesondere haben die Arbeiter und Maurergesellen, welche von Preußen nach Ausland reisen, zu ihrer Legitimation, außer ihren Militärpapieren, ein polizeiliches Attest des Ortsvorstandes des Inhalts beizubringen, daß gegen die Ertheilung eines Auslaßpasses an den Nachsuchenden in seiner Beziehung etwas zu erinnern und die Steuerzahlung für 1870 sichergestellt ist.

Nach einem am 22. Dezember v. J. erlangten Erkenntnisse des Ober-Tribunals ist (Strafgesetzbuch §. 285) im Falle einer Brandstiftung die Todesstrafe verwirkt, sobald der Brand die nächste und unmittelbare Ursache des Todes eines Menschen gewesen ist, sollte dieser auch nur beim Retten von Gegenständen verletzt worden sein.

Laut Erkenntniss des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzstreit ist der Beitritt oder Nichtbeitritt zur Union auf die Parochialverhältnisse ohne Einfluß, und es kann daher auch die Zahlung von Lasten und Abgaben zu der betreffenden Kirche, insbesondere die Entrichtung von Beiträgen zu den Baukosten, nur aus diesem Grunde nicht verweigert werden.

Auf Grund der neuen Verordnung über die Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes ist bestimmt worden, daß aus Rücksicht auf die darin vorgesehene allmäßige Verschmelzung der beiden Landwehrabzeuge, bis zum Jahre 1872 einschließlich, Förderungsvorschläge von „Landwehr-Offizieren“ bis zur doppelten Höhe, vom Jahre 1873 bis einschließlich 1876 bis zur anderthalbfachen Höhe der gegebenen Etatstärke zugelassen sein sollen.

Die Herren Jenzen u. Co. empfehlen den Hausbesitzern, bei Einfrieren der Wasserleitung in den Häusern darauf zu achten, Nachts den Privathaupthahn zu schließen, um bei plötzlich eintretendem Thauwetter das Haus vor Überschwemmung zu schützen.

Am Montag, den 14. d. Mts., findet die nächste Versammlung des hiesigen „Gartenbau-Vereins“ statt.

Die „Norddeutsche Packt-Beförderungs-Gesellschaft“, welche nach der Bestimmung vom 15. November v. J. Postsendungen nur nach den Eisenbahnen beförderte, nimmt von jetzt ab Sendungen nach „allen Orten Deutschlands“ an.

Heute früh um 2 Uhr entstand in dem Hause Schulzenstraße 19 ein Schornsteinbrand. In dem Schornstein mündete ein Theil der Verschalung der Decke und hatten sich dadurch Falten, Füllhölzer und die Decke entzündet. Der Feuerwehr, welche bis 3 $\frac{1}{2}$  Uhr thätig war, gelang es, das Feuer mittelst der Handspritze zu dämpfen.

Der seit 14 Jahren in dem Wugdorfschen Weingeschäft in der Schuhstraße thätige Arbeiter Wilh. Erdmann, Vater von 3 kleinen Kindern, hatte gestern Mittag das Unglück, vom 2. Boden des Hintergebäudes durch eine unversichtige Weise betretene Galerie aus einer Höhe von 25 Fuß auf den cementirten Fußboden hinabstürzen und außer sonstigen Körperverletzungen eine Zerschmetterung des Hirnschädels zu erleiden, in Folge dessen er bereits nach einigen Minuten starb.

Die Vertreter der hiesigen Presse, welche schon längst bei dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ in Ungnade gefallen, da sie es hartnäckig vermieden, die Vereinsbestrebungen zu glorifiziren, sind nun durch einen Machtspurz des Bevollmächtigten Herrn D. Ambroß aus der Versammlung vollständig exkludirt. Sie sollen keine Gelegenheit mehr haben, das Rednertalent des gedachten Herrn zu bewundern, denn in der Anzeige über die morgen Abend stattfindende Versammlung heißt es klar und deutlich: Gäste haben „mit Ausnahme der Vertreter der Presse“, Zurück. — Soweit uns bekannt, haben letztere es schon seit geraumer Zeit „aus eigenem Antriebe“ aufgezeigt, die Versammlungen des Vereins zu besuchen, sie werden sich über das jehige ganz zwecklos verboten.

**Stralsund**, 5 Februar. Wir haben hier seit einigen Tagen empfindliche Kälte. Die Eisdecke ist auf der  $\frac{1}{2}$  Meilen betragenden Fläche des „Gellens“ bis nach dem Dörfe „Alte Fähr“ auf Rügen vollständig zugeschlagen und kann bereits Menschen sicher tragen. In einigen Tagen wird sie voraussichtlich auch Pferde und Wagen tragen, was für das herüber- und hinüberkommende Publikum sehr erwünscht ist. Nichts belästigt hier mehr den sehr lebhaften Verkehr von und nach Rügen als Frostwetter, bei welchem das Eis nicht tragfähig ist. Die jähigen Uebelstände werden zum Wohl eines erhöhten Verkehrs verschwinden, sobald die in Aussicht genommene Bahn von Berlin nach Arnona fertig sein wird, weil dann ein Theil des Meerestumes zwischen Rügen und dem Festlande überbrückt werden wird, oder, wenn dies nach dem Projekte nicht der Fall, ein Tunnel unter dem Wasser gebaut werden muß.

## Vermischtes.

**Berlin**. Bei der allgemeinen Theilnahme, welche die Bergolter Kochische Kohlenoxydgasvergiftung gefunden hat, glauben wir unsern Lesern die Mittheilung schuldig zu sein, daß am Sonnabend Abend nun auch die Ehefrau des Dr. Koch von ihren Leiden durch den Tod erlöst worden ist, ohne daß sie vorher zum Bewußtsein zurückgerufen worden wäre. Der Sohn, Richard Koch, befindet sich jedoch auf dem Wege ganz entzückender Besserung. Er spricht und liest bereits, ist aber noch nicht vernehmungsfähig, sondern zeigt immer noch eine gewisse geistige Besangenheit, während ihm anscheinend jede Erinnerung an die Katastrophe vom Dienstag fehlt.

**Danzig**. Das Danziger Schiff „Amalie Laura“, geführt von Capt. Dannenberg, soll nach einer Depsche auf der Reise von St. Nazaire nach England durch einen Dampfer angesegelt und gefunden sein; die Mannschaft ist durch eine holländische Ruff gerettet.

**Düsseldorf**, 3. Februar. Gestern Nachmittag warf sich auf der Neuf-Dürener Eisenbahn ein Mann mit dem Kopf auf die Schienen und wurde gegen 4 Uhr von dem von der Station Capellen nach Neuf brausenden Personenzug überfahren. Der Tod erfolgte augenblicklich, jedoch geriet die Lokomotive aus den Schienen, weil der Ueberfahrene sich zugleich mit einem einen sehr harten Gegenstand enthaltenden Packt auf die Schienen geworfen hatte. Durch den plötzlichen Stoß haben einige Passagiere Kontusionen erhalten.

## Börse-Berichte.

**Stettin**, 8. Februar. Weiter klare Luft. Temperatur — 17° R. Mittags — 9° R. Wind N. An der Börse.

Weizen wenig verändert, pr. 2125 Pf. loco gelber inländ. geringer 52 $\frac{1}{2}$ , 54 R., besserer 54 $\frac{1}{2}$ , 56 R., Feiner 57—58 R., 83—85 pf. per Frühjahr 59 $\frac{1}{2}$ , 59 Feiner bez. u. Ob., per Mai-Juni 60 $\frac{1}{2}$ , 60 R. bez. u. Ob., Juni-Juli 61 $\frac{1}{2}$ , 61 R. bez. u. Ob.

Roggan etwas matter, per 2000 Pf. loco 75—76 Pf. 36 $\frac{1}{2}$ , 77 Pf. 37 $\frac{1}{2}$ , R., 79 Pf. 39 R., 80 Pf. 40 R., 82 Pf. 42 R., per Frühjahr 41 $\frac{1}{2}$ , 42 R. bez. Br., per Mai-Juni 4 $\frac{1}{2}$ , 41 R. bez. Br., per Mai-Juni 4 $\frac{1}{2}$ , 42 R. bez., per Juli-Aug. 4 $\frac{1}{2}$  R. bez.

Grieß ohne Umsatz. Hader unverändert, per 1300 Pf. loco 23 $\frac{1}{2}$  bis 25 $\frac{1}{2}$  R., 47—50 Pf. per Frühj

| Eisenbahn-Actien.       | Prioritäts-Obligationen. | Prioritäts-Obligationen.      | Prenzische Fonds.             | Fremde Fonds.                           | Bank- und Industrie-Papiere.             |
|-------------------------|--------------------------|-------------------------------|-------------------------------|---|--|
| Dividende pro 1868. 3f. | Aachen-Düsseldorf        | 4 81 1/2 G                    | Magdeb.-Wittenb.              | 3 66 1/2 b3                             | Dividende pro 1868. 3f.                  |
| Aachen-Maastricht       | 1 4 39 b3                | do. II. Em. 4 81 1/2 G        | do. 4 1/2 b3                  | Badische Anleihe 1866 4 1/2 92 3/4 b3   | Berliner Kassen-Ber. 95/6 4 161 G        |
| Atona-Kiel              | 6 4 105 G                | do. III. Em. 4 1/2 88 G       | Niederschl.-Märk. I. 4 84 B   | Badische Präm.-Anl. 4 105 1/2 B         | - Hanfels-Gef. 10 4 129 B                |
| Bergisch-Märkische      | 8 4 126 b3               | Aachen-Maastricht             | 4 1/2 76 b3                   | Staatsanleihe 1854/55 4 1/2 93 3/4 b3   | - Immobil.-Gef. 0 4 79 B                 |
| Berlin-Anhalt           | 13 1/2 4 180 1/2 b3      | do. II. Em. 5 85 1/2 B        | do. conv. I. II. 4 84 1/2 B   | 35 fl.-Loose — 34 G                     | - Omnibus 5 5 59 B                       |
| Berlin-Görlitz St.      | 0 4 69 b3                | Bergisch-Märkische I. 1 1/2 — | do. III. 4 81 G               | Staats-Schuldscheine 3 1/2 78 3/4 b3    | Braunschweig 7 4 114 1/2 B               |
| do. Stamm-Prior.        | 5 5 90 1/2 b3            | do. II. 4 1/2 91 B            | do. IV. 4 92 B                | Brandsch. Anl. 1866 5 100 G             | Bremen 5 1/4 4 111 3/4 G                 |
| Berlin-Hamburg          | 9 1/2 4 147 b3           | do. III. 3 1/2 76 1/2 b3      | Niederschl. Zweigb. C. 5 96 G | Desau Präm.-Anl. 3 1/2 93 b3            | Coburg, Credit- 5 1/4 4 90 1/2 b3        |
| Berl.-Potsd.-Magd.      | 17 4 189 1/2 b3          | do. Lit. B. 3 1/2 87 1/2 B    | Niederschl. Zweigb. A. 4 — B  | Hamb. P.-Anl. 1866 3 43 b3              | Danzig 5 1/2 4 103 1/2 G                 |
| Berlin-Stettin          | 8 1/2 4 132 1/2 b3       | do. IV. 4 89 1/2 B            | do. B. 3 1/2 75 1/2 G         | Berliner Stadt-Ob. 5 102 b3             | Darmstadt, Credit- 8 4 127 1/2 b3        |
| Bresl.-Schw.-Freib.     | 8 1/2 4 108 1/2 G        | do. V. 4 88 1/2 G             | do. C. 4 81 G                 | Lübeck Präm.-Anl. 3 1/2 47 1/2 b3       | Dettelbach 6 4 102 1/2 b3                |
| Brieg-Neisse            | 5 1/4 4 89 G             | do. VI. 4 87 b3               | do. D. 4 81 G                 | Berliner Pfandbr. 4 1/2 89 b3           | Destau, Credit- 0 0 6 1/2 B              |
| Cöln-Minden             | 8 1/2 4 117 1/2 b3       | do. Düss.-Elb. I. 4 81 B      | do. E. 3 1/2 72 1/2 B         | Kur. u. N. Pfandbr. 3 1/2 73 b3         | Gera 11 1/2 5 159 b3                     |
| Halle-Sorau-Guben       | — 4 6 1/2 B              | do. do. II. 4 1/2 — G         | do. F. 4 1/2 — G              | — National-Anl. 5 — b3                  | Gotha 4 1/2 4 103 1/2 G                  |
| Magdeburg-Halberst.     | 15 4 116 b3              | do. Dort.-Soest I. 4 81 1/2 G | do. G. 4 1/2 87 1/2 B         | do. 1854er Loose 4 73 b3                | Disconto-Commund. 9 4 129 1/2 G          |
| Magdeburg-Leipzig       | 19 4 188 b3              | do. do. II. 4 1/2 87 1/2 G    | do. H. 4 1/2 — G              | Östpreuss. Pfandbr. 3 1/2 72 1/2 B      | Eisenbahnbetriebs- 11 1/2 5 135 1/2 b3   |
| do. B.                  | — 4 87 1/2 b3            | Berlin-Anhalt                 | neue 3 288 1/2 G              | do. 1860er Loose 5 79 1/2 b3            | Gens, Credit- 0 0 20 1/2 b3              |
| Münster-Hamm            | 4 4 86 G                 | Rheinische                    | 4 81 1/2 G                    | do. 1864er Loose 6 67 1/2 b3            | Gera 4 1/2 4 93 1/2 G                    |
| Niederösl.-Märkische    | 4 4 86 1/2 b3            | do. Lit. B.                   | 4 1/2 — b3                    | Pommersche Pfandbr. 3 1/2 72 1/2 b3     | Gotha 4 1/2 4 97 1/2 B                   |
| Niederösl.-Zweigb.      | 4 1/2 4 93 1/2 B         | do. Berlin-Hamb. I. Em.       | 4 84 1/2 G                    | do. neue 4 81 1/4 G                     | Hannover 4 1/2 4 96 1/2 b3               |
| Nordbahn, Krd. Wils.    | — 5 9 1/2 b3             | do. II. Em.                   | 4 84 1/2 G                    | Poensische Pfandbr. — b3                | Hörder Hütten- 7 5 110 b3                |
| Oberschl. Lit. A. u. C. | 15 3/2 171 1/2 b3        | Berl.-P.-Magd. A. B.          | 4 83 G                        | do. 1862/64 4 87 1/2 G                  | Hypoth. (D. Hübler) 9 1/2 4 105 1/2 B    |
| do. Lit. B.             | 15 3/2 157 b3            | C. 4 81 1/2 b3                | do. v. St. gar. 4 95 G        | do. 1864er Sb.-A. — b3                  | Erite Pr. Hypoth.-G. — 4 95 B            |
| Rheinische              | 7 1/2 4 112 1/2 b3       | Berlin-Stett. I. Em.          | 4 91 b3                       | Rhein-Nahe-Bahn 4 89 1/2 b3             | Königsberg 4 4 104 1/2 G                 |
| do. Stamm-Prior.        | 7 1/2 4 — G              | II. Em.                       | 4 78 1/2 G                    | Mosel-Rhön 5 86 1/2 G                   | Leipzig, Credit- 8 4 114 1/2 G           |
| Rhein-Nahe-Bahn         | 0 4 22 1/2 b3            | do. III. Em.                  | 4 78 1/2 G                    | do. Lit. A. 4 — b3                      | Luxemburg 10 4 116 b3                    |
| Stargard-Posen          | 4 1/2 4 93 1/2 B         | do. IV. Em.                   | 4 90 1/2 G                    | do. 4 — G                               | Magdeburg 4 1/2 4 94 B                   |
| Thüringer               | 9 4 134 b3               | Breslau-Freiburg              | 4 86 1/2 G                    | Westpreuss. Pfandbr. 3 1/2 71 1/2 B     | Meiningen, Credit- 8 1/2 4 119 1/2 b3    |
| Wilh. (Cösl.-Oberb.)    | 7 4 109 1/2 b3           | do. C. 4 89 b3                | do. II. 4 — B                 | do. 4 79 1/2 B                          | Minden, Bergw. 0 5 49 1/4 B              |
| do. Stamm-Prior.        | 7 4 109 1/2 b3           | Cösl.-Minden                  | 4 93 G                        | do. III. 4 — G                          | Molsan, Credit- — 4 23 B                 |
| do.                     | 7 5 109 1/2 b3           | do. II. Em.                   | 5 101 1/2 B                   | do. 1862/64 4 87 1/2 G                  | Norddeutsche 8 1/2 4 136 B               |
| Amsterdam-Rotterd.      | 6 4 94 1/2 b3            | do. do. II. 4 81 1/2 G        | do. do. 4 84 1/2 G            | do. 1864 4 84 1/2 G                     | Westf.-engl. Anl. 1862 5 55 1/4 b3       |
| Böhm. Westbahn          | 6 5 91 b3                | do. IV. Em.                   | 4 80 1/2 B                    | do. 1864 5 119 1/2 b3                   | Russ. Pr.-Anl. 1864 5 119 1/2 b3         |
| Galiz. Ludwigsb.        | 7 5 98 b3                | do. III. Em.                  | 4 81 G                        | do. 1866 5 119 1/2 b3                   | Russ.-olsn. Sch.-Ob. 6 1/2 4 138 b3      |
| Łebau-Zittau            | 2 4 60 1/2 b3            | do. III. Em.                  | 4 80 1/2 B                    | do. do. 2 Mon. 4 81 1/4 G               | Rittergästl. Prv. 4 1/2 5 87 G           |
| Ludwigshafen-Berb.      | 11 1/2 4 170 1/2 b3      | do. do. III. 4 89 1/2 G       | do. III. 4 83 1/2 G           | Augsburg 2 Mon. 4 56 20 G               | Rostocker 4 1/2 4 114 G                  |
| Mainz-Ludwigshafen      | 9 4 132 1/2 b3           | do. do. IV. Em.               | 4 81 G                        | do. 2 Mon. 4 99 1/2 G                   | Sächsische 7 1/2 4 125 B                 |
| Mecklenburger           | 2 1/2 4 74 1/2 G         | do. do. IV. Em.               | 4 87 G                        | do. 4 99 1/2 b3                         | Frankfurt a. M. 2 M. 3 1/2 56 24 b3      |
| Destr.-Franz Staatsb.   | 10 1/2 5 212 1/2 b3      | do. do. IV. Em.               | 4 86 1/2 G                    | do. 4 99 1/2 b3                         | Schlesischer Bankver. 8 4 118 1/2 B      |
| Russ. Eisenbahn         | 5 5 91 1/2 b3            | do. do. IV. Em.               | 4 83 1/2 G                    | do. 11 1/2 b3 Goldkronen 9 9 1/2 B      | Thüringen 4 4 86 1/2 b3                  |
| Südböhm. Bahnen         | 6 5/2 5 137 1/2 b3       | do. do. IV. Em.               | 4 81 G                        | do. 5 12 1/2 b3 Gold p. Zollpf. 468 b3  | Vereins-B. (Hamb.) 9 17 1/2 4 113 1/2 b3 |
| Warschau-Wien           | 6 2/5 5 5 1/2 b3         | do. do. IV. Em.               | 4 80 1/2 B                    | do. 11 1/2 b3 Friedrichsb'or 113 1/2 b3 | Warschau 8 Tage 6 74 1/2 b3              |
|                         |                          | do. do. IV. Em.               | 4 89 1/2 G                    | do. 6 23 1/2 G Silber 29 23 1/2 G       | Weimar 4 1/2 4 87 1/2 b3                 |
|                         |                          |                               | do. do. IV. Em.               | 4 89 1/2 G                              | Bremen 8 Tage 4 110 1/2 b3               |
|                         |                          |                               |                               |   | Gew.-Bl. (Schuster) 7 4 108 b3           |

### Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräulein Helene Gienow mit Herrn Alexander Riebsch (Stettin).  
Geboh: Ein Sohn: Herrn W. Anderson (Stettin). — Eine Tochter: Herrn G. Sievert (Stettin). — Herrn J. Scholwin (Stettin).  
Gestorben: Herr Theodor Schumacher (Stettin). — Frau Regina Wilh. Sievert geb. Craxins (Schöningsen). — Sohn Edmund des Herrn Hermann v. Bülow-Riebsch (Riebsch). — Tochter Anna des Heim Zemle (Stettin).

Fünfter Vortrag über Mission am Donnerstag Abend 15 Uhr, nach 7 Uhr in der Aula Beziehung China's zu den westlichen Völkern (Superintendent Grassmann aus Rosom).

### Bekanntmachung. Berlin-Stettiner Eisenbahn.



Mit dem 6. Februar d. J. tritt ein Verband-Tarif für die direkte Beförderung von Gütern zwischen Stettin einerseits und Halle sowie Stationen der Thüringischen und Berra-Eisenbahn anderseits in Kraft.

Druck-Exemplare des Tarifs sind bei unserer Güterkasse für die Stammbahn hier zum Preise von 22 1/2 Kr. pro Stück käuflich zu haben.

Stettin, den 4. Februar 1870.

Direktorium  
der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft.  
Fretzdorf. Zenke. Stein.

### Bekanntmachung.

Zur Lieferung von ungefähr 478 Kubikb. eisernen Rundholz, 2233 - liefernden Rundholz, 1450 - lieferndem Bauholz, 1661 - liefernden Böhlen, bieversen Brettern und Karrlien für die Unterhaltung er hiesigen Hafenbaus ist auf Montag, den 14. Februar, Vormittags 9 Uhr, im hiesigen Hafenbau-Bureau ein Submissionstermin angelegt, in welchem die Öfferten in Gegenwart der erschienenen Bieter eröffnet werden werden.

Die Bedingungen liegen in Hafenbau-Bureau zur Einsicht aus, werden auch gegen Erstattung der Kopien bestmöglich verabfolgt.

Swinemünde, den 3. Februar 1870.

Der Bau-Inspektor

Alsen.

### Substations-Patent. Nothwendiger Verkauf.

Schuldenhalber.

Das dem Rittergutsbesitzer Alexander Krüger zu Mürzenfelde gehörige, in dem Arnswalder Kreise befindliche und Band 27, Seite 1, Nr. 42 des Hypothekenbuches für die Rittergüter eingetragene Vorwerk Mürzenfelde, ehemals Pertinenz des Schlossguts Neuwedell mit einem der Grundsteuer unterliegenden Flächeninhalt von 2537 1/2 Morgen, nach einem Reinertage von 525 Kr. 7 Kr. 10 Kr. zur Grundsteuer und nach einem Nutzungswert von 104 Kr. zur Gebäudessteuer veranlagt, soll am 7. März 1870, Vormittags 10 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Substations versteigert werden.

Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekchein, etwaige Abschläge und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, ingleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau III. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Real-

rechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prällusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlages soll am 16. März 1870, Vormittags 10 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle verkündet werden.

Friedeberg N.M. den 14. Dezember 1869.

### Königliches Kreis-Gericht,

#### I. Abtheilung.

Der Substationsrichter.

### Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Pötnitzer Kreise belegene ablige Rittergut Göra, sowie die in dem Dorfe Göra belegenen bärlichen Grundstücke Nr. 20 und 22, deren Besitztitel auf den Namen

1) des Rittergutsbesitzers Traugott Walz,  
2) des Rentier Joseph Gundermann,  
berichtet stehen, und welche mit einem Flächeninhalt von 1800 ss Morgen resp. 47,61 Morgen und 47,61 Morgen der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Reinertage von 2058 Kr. 22 Kr. 9 1/2 Kr. resp. 59 Kr. 23 Kr. 1/2 Kr. und 49 Kr. 6 Kr. 7 1/2 Kr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 320 Kr. resp. 20 Kr. und 15 Kr. veranlagt sind, sollen Behufe Theilung im Wege der nothwendigen Substation am Mittwoch, den 27. April 1870,

Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des hiesigen Königlichen Kreis-Gerichts, im Geschäftszimmer Nr. 18 versteigert werden.

Posen, den 6. Februar 1870.

### Königliches Kreis-Gericht.

Der Substations-Richter.

Buddee.

### Parckow'sche Begräbniss-Kasse.

